

S 03

Was macht der Senat, damit Kinder sicher zur Schule kommen?

Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Ralph Saxe, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir fragen den Senat:

1. Wie erklärt sich der Senat, dass beim Verkehrssicherheitsaktionstag „Kinder im Blick“ in Bremen in den Top 3 der Regelverletzungen (Überschreiten der Höchstgeschwindigkeit, Parkverstöße, Ablenkung von der fahrerischen Tätigkeit) der Anteil jeweils deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt, und wie plant der Senat, die Sicherheit von Schulkindern zu verbessern?
2. Welche konkreten Pläne hat der Senat, diesen Gefahren für Kinder mit verstärktem Einsatz sogenannter Blitzeranhänger zur Überwachung der Höchstgeschwindigkeit und/oder mit „Scan Cars“ zur Überwachung von Parkverstößen zu begegnen?
3. Wann und wo startet der Senat einen Modellversuch Schulstraßen mit mehreren Schulen, die dafür geeignet sind, wo der Stadtteilbeirat dies unterstützt, und wo die Schulen so eine Einrichtung aktiv unterstützen?

Die Verbesserung der Schulwegesicherheit an Schulstandorten ist dem Senat ein bereits über viele Jahre sehr zentrales Anliegen und wird in enger Zusammenarbeit mit Schulen, Elternvertretungen, Polizei, Verkehrswacht und Verkehrsbehörde kontinuierlich verbessert. Maßnahmen wie „Gelbe Füße“, Schulexpress, Verkehrserziehung insbesondere in der Verkehrsschule Vahr und in Bremen-Nord, regelmäßige Kontrollbesuche der Kontaktpolizisten, Beschilderung Tempo 30 und „Achtung Kinder“ sowie bauliche Eingriffe wie Teilaufpflasterungen und Einengungen an Schuleingängen zeigen im gesamten Stadtgebiet den gemeinsamen erfolgreichen Einsatz für sichere Schulwege.

Zu Frage 1:

Die Polizei Bremen setzte beim Aktionstag „Kinder im Blick“ durchschnittlich mehr Einsatzkräfte je Kontrollstelle ein als im Bundesvergleich. Wird mehr kontrolliert, werden auch mehr Verstöße festgestellt.

Durch das Präventionszentrum der Polizei Bremen werden ganzjährig und zum Schuljahresbeginn eine Vielzahl von verschiedenen Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der Schulkinder umgesetzt.

Elternlotsen, die von der Polizei ausgebildet werden, helfen Kindern vor und nach der Schule beim sicheren Überqueren der Fahrbahn an Wechsellichtzeichenanlagen. Einige Schulleitungen haben im Umfeld der Schule auch Fußhaltestellen, den sogenannten Schulexpress, eingerichtet. Bei Elternabenden werden die Eltern durch Lehrkräfte zusätzlich sensibilisiert, wie wichtig es ist, Kinder zumindest ein Stück des Schulweges selbst bewältigen zu lassen. In den Schulen werden umfassende Maßnahmen je nach Jahrgangsstufe angeboten. Hierzu gehören Inhalte für Fußwege, Sensibilisierung des toten Winkels, Roller- und Fahrradtrainings. Erstklässler erhalten zudem gelbe Westen.

Zu Frage 2:

Der Senat begrüßt grundsätzlich jede technische Hilfe zur Feststellung von Geschwindigkeitsverstößen und Parkverstößen als Beitrag zu einer effektiven Verkehrsüberwachung. Der Senat wird den Stuttgarter Modellversuch zum Einsatz von Scan-

Cars zur digitalen Parkraumkontrolle beobachten und dessen Ergebnisse anschließend bewerten, dies auch im Hinblick auf das vom Ordnungsamt bei Ahndung eines Parkverstoßes auszuübenden Ermessen.

Der Einsatz von Geschwindigkeitsmessgeräten ist vor Schulen nicht optimal geeignet. Ziel ist es, den motorisierten Verkehrsteilnehmenden nicht nur zu verwarnen, sondern auch auf das Fehlverhalten konkret in einem verkehrserzieherischen Gespräch hinzuweisen. Dies ist nur möglich mit Messungen eines Hand-Laser-Messgeräts in Kombination mit Anhaltekontrollen.

Zu Frage 3:

Dem Senat gegenüber haben die Grundschule Am Baumschulenweg sowie die Grundschule Melanchthonstraße Interesse zur Initiierung eines Modellprojektes Schulstraßen erklärt. Diese werden vom Beirat Schwachhausen bzw. Walle in ihrem Ansinnen unterstützt.

Die temporäre Sperrung einer Straße als sog. Schulstraße kann in Bremen grundsätzlich im Rahmen eines Verkehrsversuchs auf der Grundlage der rechtlichen Vorgaben aus der StVO und durch Prüfung im Einzelfall erfolgen. Die Umsetzung eines Verkehrsversuchs ist jedoch kostenintensiv und mit Umbaumaßnahmen oder hohem Personaleinsatz verbunden und muss evaluierend begleitet werden. Die dafür benötigten Ressourcen können derzeit nicht zur Verfügung gestellt werden.